

Positionspapier „EEG-Novelle 2011“

EEG-Novelle belastet die mittelständische Industrie massiv.

Gefahr einer „schleichenden Deindustrialisierung“ Deutschlands.

Mit der Novelle des „Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)“ haben die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag im Juli 2011 eine große Chance ausgelassen, die Energiewende in Deutschland auf finanziell solide und für das produzierende Gewerbe akzeptable Grundlagen zu stellen. Dabei hat sich der Bundestag über die Position des Bundesrates fast vollständig hinweg gesetzt und in einer der Thematik völlig unangemessenen Eile Fakten geschaffen, die seitens der Industrie nicht hinnehmbar sind.

Die Bundesregierung sieht die Energiewende zwar als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, kann die dafür benötigten Mittel jedoch aufgrund der damit verbundenen hohen „politischen Kosten“ nicht aus allgemeinen Steuermitteln gegenfinanzieren. Daher bleibt es bei der EEG-Umlagefinanzierung und der Belastung insbesondere des Mittelstandes.

Die Stromkosten für mittelständische Industriekunden (Abnahme zwischen 0,5 - 2 GWh) in Deutschland lagen laut Eurostat schon Ende 2010 nach Italien an der Spitze im europäischen Vergleich und auf dem doppelten Niveau wie in Frankreich. Allein durch die Erhöhung der EEG-Umlage in 2011 von 2 ct auf 3,56 ct haben sich die Endpreise nochmals um mehr als 13 % erhöht. Dabei macht der Anteil an Steuern und staatlich bedingten Abgaben mittlerweile gut 45 % am Strompreis aus. Dies führt jegliche „Marktliberalisierung“ ad absurdum.

Um in den Genuss der „besonderen Ausgleichsregelung (Härtefallregelung / EEG-Umlage max. 0,05 ct je kWh)“ des EEG zu kommen, müssen Unternehmen nach der Neuregelung mindestens 1 GWh p.a. abnehmen. Dies ist eine wichtige und positive Entscheidung, die durch die Positionierung des Bundesrates erreicht wurde. Sie wird jedoch für die meisten mittelständischen Unternehmen dennoch keine Effekte haben, da der Anteil der Stromkosten gleichzeitig mindestens 14 % der Bruttowertschöpfung betragen muss.

Folgende Maßnahmen sind aus Sicht der Textil- und Bekleidungsindustrie NRW daher zwingend und kurzfristig erforderlich:

- Begrenzung der EEG-Umlage für das produzierende Gewerbe auf 2 Cent/kWh.
- Einführung einer abgestuften Härtefallregelung ab einem Verbrauch von 1 GWh - gemäß der Position des Deutschen Bundesrates vom 17. Juni 2011 - für alle Unternehmen des produzierenden Gewerbes mit Zwischenschritten bei 5, 10, 15 und 20 % Anteil Stromkosten an der Bruttowertschöpfung.

Die Textil- und Bekleidungsindustrie NRW fordert die Politik daher auf, noch im Herbst 2011 die vorgeschlagenen Änderungen der EEG-Novelle vorzunehmen und die (bisherige) Position des Bundesrates in das Gesetz zu übertragen.

...

ZiTEx - Textil & Mode NRW - Eine Initiative des Verbandes der Nordwestdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie e.V., des Verbandes der Rheinischen Textilindustrie e.V., der Wirtschaftsvereinigung Bekleidungsindustrie Nordrhein e.V. und der IG Metall Bezirksleitung NRW

Unternehmen brauchen für Investitionsentscheidungen Planungssicherheit. Die EEG-Umlage wird jedoch absehbar weiter und mittelfristig nicht kalkulierbar steigen, falls nicht unverzüglich Gegenmaßnahmen beschlossen werden. Neben einer Reform des gesamten EEG-Systems bedarf es schnell konkreter Maßnahmen, um Produktion und Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern.

Die Textil- und Bekleidungsindustrie in NRW unterstützt dabei den Umbau der Energieerzeugung in Deutschland zu erneuerbaren Energieträgern ausdrücklich und ist auch bereit, einen angemessenen Beitrag zu leisten. Dies darf aber nicht zu einer erheblichen Einschränkung der Wettbewerbsfähigkeit des produzierenden Gewerbes und einer damit verbundenen Verlagerung von Produktionsstandorten und einem massiven Arbeitsplatzabbau führen. Sollte die EEG-Novelle in der vorliegenden Gesetzesfassung in 2012 in Kraft treten, dann werden Unternehmen - und besonders im Mittelstand - allein aufgrund der extrem hohen Stromkosten gezwungen sein, künftige Investitionen in anderen Staaten zu tätigen – der Einstieg in die „schleichende Deindustrialisierung“ Deutschlands.

Düsseldorf, 19. September 2011

ZiTEx - Textil & Mode NRW

ZiTEx NRW ist 1996 als Landesinitiative zur Begleitung des Strukturwandels in der Textilindustrie mit Partnern aus Unternehmen, Verbänden, Gewerkschaft, Banken, Kammern und der Landesregierung gegründet worden. Seit 2004 arbeitet ZiTex NRW in einer selbsttragenden Struktur. Hinter der ZiTex NRW stehen der Verband der Nordwestdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie e.V. (Münster), der Verband der Rheinischen Textilindustrie e.V. (Wuppertal), die Wirtschaftsvereinigung Bekleidungsindustrie Nordrhein e.V. (Krefeld) und die IG Metall Bezirksleitung NRW (Düsseldorf). Dieses Trägermodell durch die Tarifpartner ist in Europa einzigartig und versetzt die ZiTex NRW in die Lage, als Vertreter der gesamten Branche zu operieren.

Kontakt:

ZiTEx - Textil & Mode NRW

Detlef Braun

Fon: 0211 3020700

Mail: braun@zitex.de

Web: www.zitex.de